der Senator Borah, fehlt es ihm offenbar nicht. Nur daß es für die Stärkung des Militarismus Verwendung findet, statt den Gläubigern der französischen Republik nach Pflicht und Schuldigkeit zugute zu kommen. Also entweder wird diese, den Frieden bedrohende Geld- und Militärwirtschaft abgebaut, und damit zur Verwirklichung des Abrüstungsgedankens des Präsidenten Harding die Hand geboten, oder wir werden, sagt der amerikanische Senator, unsere Zinsen und Zinsforderungen rücksichtslos einziehen. Wir wollen doch einmal sehen, ob Frankreich, vor eine solche Entscheidung gestellt, sich nicht endlich eines besseren besinnen wird.

Ein ganz gescheiter Gedanke, ohne Frage. Nur kann niemand wissen, ob der Kongreß geneigt sein wird, ihm näherzutreten. Von allen öffentlichen Stellen der Vereinigten Staaten ist die herzliche Freundschaft mit Frankreich gerade in den letzten Zeiten wiederum so geflissentlich zur Schau getragen worden, daß man, wie wir vermuten, möchten, in Paris den Borahschen Wink mit dem Zaunpfahl kaum sonderlich ernst nehmen wird. Als Stimmungszeichen verdient er allenfalls Beachtung. Und soviel muß ja immerhin wohl unter allen Umständen als möglich gelten, daß, wenn die internationale Lage morgen oder übermorgen etwa wieder einmal ein neues Gesicht zeigen sollte, auch die offizielle Politik der Union genötigt sein könnte, Frankreich gegenüber eine andere Haltung einzunehmen. Uns Deutsche geht im Augenblick allerdings eine andere Frage mehr an. In Washington wird ja der Kriegszustand mit Deutschland nach Annahme und Unterzeichnung und Veröffentlichung der bekannten Kongreß-Resolution als beendet angesehen. Man muß infolgedessen nunmehr auch der Frage nähertreten, was mit dem während des Krieges beschlagnahmten und liquidierten deutschen Eigentum geschehen soll. Die Behandlung dieser Frage wird erkennen lassen, was wir in wirtschaftlicher Beziehung demnächst von Amerika zu erwarten haben. Bislang ist man um sie herumgegangen wie die Katze um den heißen Brei. Nur soviel ist bekanntgeworden, daß ein Bericht der wirtschaftspolitischen Kommission an die Regierung die Freigabe dieses Eigentums empfiehlt. Er beruft sich dafür auf den Grundsatz der Unverletzbarkeit des Privateigentums, dessen erneute Festlegung durch die Vereinigten Staaten ihrer Stellung im internationalen Finanzleben ungemein zugute kommen würde. Zumal in diesen Zeiten der Unsicherheit in der ganzen Welt und gewisser Kriegserfahrungen auf diesem Gebiete, die sicherlich nicht so bald der Vergessenheit anheimfallen würden. Die Kommission verspricht sich von der Politik, die sie empfiehlt, eine ungemeine Stärkung des Ansehens, den der Dollarwechsel in der ganzen Welt genießt, und sie hofft auf diese Weise aus Amerika eine Freistatt für Kapitalsanlagen anderer Länder zu machen. Alle Völker erhielten so die Sicherheit einer im Krieg und Frieden unantastbaren kurzfristigen Goldanlage, und nicht zuletzt würde der Außenhandel der Vereinigten Staaten einen frischen Antrieb erhalten, weil auf diese Weise eine Unterlage für die Kreditoperationen und Mittel für Käufe in Amerika frei würden.

Man sieht, daß das brennende Verlangen, sich zur finanziellen Vormacht in der Welt zu entwickeln, in Amerika den Krieg und die Kriegsbündnisse überdauert hat. Ohne Zweifel bestimmt auch die Rücksicht auf diesen bedrohlichen Wettbewerb zu einem guten Teil die Stimmung, die in der englischen Geschäftswelt gegenüber Deutschland mehr und mehr die Oberhand gewinnt. Man möchte es dort nicht noch einmal erleben, daß binnen wenigen Stunden über zwanzig Millionen Pfund Sterling von den britischen Banken fortgezogen und auf neutrale Häuser übertragen werden, wie das unmittelbar nach Abbruch der Londoner Verhandlungen vor sich ging. Doch lassen sich die Sünden, die am deutschen Eigentum in Europa wie in den überseeischen Kolonien überall dort, wo britische Herrschaftsgewalt hinreichte, verübt warden, nicht wieder gut machen. Die Amerikaner dagegen befinden sich noch in dieser angenehmen Lage, zumal das, was die amtlich bestallten Verwalter des deutschen Vermögens in Amerika sich an Verschleuderungen, Übervorteilungen und sonstigen Rechtswidrigkeiten geleistet haben, immer noch der endgültigen Genehmigung des Kongresses bedarf. Auch hier steht der Kongreß vor einer großen Aufgabe, und man muß anerkennen, daß bisher alle Versuche, die Praktiken dieser Vermögensverwalter in Bausch und Bogen rechtfertigen zu lassen, gescheitert sind. Um diese Frage wird noch ein heißer Kampf entbrennen, und man kann nur wünschen, daß das amerikanische Volksgewissen dabei in der Volksvertretung nicht zu kurz kommen möchte. Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin verhandelt, wie man weiß, schon seit Wochen angelegentlich mit Herrn Dr. Rosen über die praktische Wiederherstellung des Friedens. Hoffentlich gelingt es, auf diesem Wege auch die hier angedeuteten weittragenden vermögensrechtlichen Fragen einer für beide Teile annehmbaren Lösung entgegenzuführen.

Polnische Rüstungen.

Enthüllungen über den neuen Putsch.

Aus Mitteilungen des schlesischen Blattes Schwarzer Adler geht unzweifelhaft hervor, daß die Polen in ganz gefährlicher Weise den neuen Aufstand vorbereiten, und daß dieser Aufstand unmittelbar vor der Tür steht. Es werden fünf polnische Truppen-Tagesbefehle des sog. Armeestabes Ost-Oberschlesien abgedruckt. In diesen Befehlen werden genaue Angaben über die Bewaffnung der Insurgenten gemacht und schließlich angeordnet, daß vom 25. Juli ab die Offensive zu beginnen ist, und zwar hat der erste Abschnitt am 7. August vor Kosel zu stehen, der zweite Abschnitt vor Oppeln, der dritte Abschnitt vor Kreuzburg und der vierte Abschnitt auf der böhmischen Seite. Südlich der oberschlesischen Grenze in der Gegend von Dziedits im Teschener Ländchen bis zur tschechischen Grenze ist der

Aufmarsch polnischer Regimenter

festgestellt. Diese haben offenbar den Auftrag, bei erster bester Gelegenheit in den Kreis Pleß und in den Ostteil des Kreises Rybnik einzumarschieren und Südoberschlesien zu besetzen. Im Abstimmungsgebiet selbst arbeitet die polnische militärische Geheimorganisation weiter an Aufstandsvorbereitungen. Die militärische Führung des nächsten polnischen Aufstandes hat der polnische Generaloberst Tuschewsky übernommen. Das vorbereitende Hauptquartier befindet sich in Czenstochau und steht in regelmäßiger Verbindung mit Unterstellen in Rybnik, Nikolai und Schoppinitz. Die Armee nennt sich „Freiheitsarmee für Oberschlesien". Im Stab befinden sich polnische Offiziere. Daß diese Truppen entschlossen sind, ihr Ziel zu erreichen, ganz gleich ob der Oberste Rat Oberschlesien den Polen zuspricht oder nicht, geht aus einem Aufruf der Aufständischen hervor, in dem es heißt: „Wir erklären feierlich: Sollte der Oberste Rat nicht umgehend unseren Beschlüssen stattgeben, wie sie die Abstimmung erwiesen, werden wir uns als Staatsangehörige der polnischen Republik und die uns vom Vaterlande künstlich scheidende Grenze als nicht existierend betrachten."

Die Lage im Kreise Rybnik

hat sich verschärft. Hauptsächlich in der Stadt selbst, jedoch auch auf dem Lande verstärken sich die Insurgenten, und zwar durch Zuzug aus Kongreßpolen, auffallend schnell. Der polnische Kreisbeirat in Rybnik hält nach wie vor die Gewalt in den Händen und schickt sogar Fragebogen an die einzelnen Gutsvorstände, die die Anzahl der Bewohner, Menge des Getreides, Anzahl des Viehs und Übersichten über die Größe der einzelnen Gutsbezirke betreffen. Die „Emmagrube" hielt vor einigen Tagen eine Belegschaftsversammlung ab, in der von den Polen beschlossen wurde, sämtliche deutschen Beamten herauszuwerfen. Die „Donnersmarckgrube" wird von bewaffneten Insurgenten besetzt gehalten. Die Händler aus der Umgebung von Ratibor, die zu jedem Wochenmarkt nach Gleiwitz kommen, haben erklärt, sie dürften vielleicht für längere Zeit zum letztenmal nach Gleiwitz gekommen sein, da die Insurgenten die offenkundige Absicht hätten, den Verkehr Gleiwitz—Ratibor neuerdings vollkommen zu unterbinden.

Lloyd George tut nicht mit.

Vorpostengefechte zur Pariser Konferenz.

Die Londoner und Pariser Meldungen über die diplomatischen Einigungsverhandlungen zur Frage der entscheidenden Beratung über Oberschlesien und der französischen Truppenentsendung in das Abstimmungsgebiet lassen deutlich erkennen, daß die Einigkeit zwischen der englischen und französischen Regierung nur sehr langsam und unvollkommen hergestellt werden kann, während man nach außen gern den Eindruck erwecken möchte, als ob nicht die geringsten Gegensätze beständen. Bis jetzt scheint man sich nur — wenn es nicht noch anders kommt — darüber verständigt zu haben, daß die Sitzung des Obersten Rates nunmehr am 4. August in Paris stattfinden soll. Eher kann dann auch von französischen Truppentransporten nicht gut die Rede sein, und auch eine Sachverständigenkommission, die die Franzosen durchaus nach Oberschlesien schicken wollten, kann in der kurzen Zeit bis zum Beginn der Konferenz nicht erst die weite Reise antreten. Wohl aber hat man den Franzosen das Zugeständnis gemacht, daß die Sachverständigen wenigstens in Paris noch vor der Konferenz zusammentreten sollen, um dem Obersten Rat ein Gutachten vorzulegen.

Wenn man sich so gegenseitig Schrittchen um Schrittchen entgegengekommen ist, so haben die Engländer doch zuletzt noch einen besonders vorsichtigen Schachzug getan. Lloyd George wird nämlich nicht persönlich an der Konferenz teilnehmen, auf der ja auch über die den Engländern so unerwünschte französische Truppensendung Beschluß gefaßt werden soll. Lloyd George wird sich durch Lord Curzon und Balfour vertreten lassen. Er selbst beabsichtigt, sechs Wochen Urlaub in Schottland zuzubringen und dann persönlich mit Balfour zur Washingtoner Konferenz zu reisen. Natürlich bleibt eine solche Konferenz des Obersten Rates mit Curzon und Balfour als Hauptverhändlern ein Experiment, und wenn es nicht glückt, hat Lloyd George immer noch freie Hand. Die „Times" halten es jetzt bereits für notwendig, darauf hinzuweisen, daß der Oberste Rat nicht in der Lage sein werde, zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen. Man spricht auf Grund dieser Sachlage von einem Erfolg der englischen Diplomatie in taktischer Beziehung. Die höfliche Wendung einer Reutermeldung, daß „weitere Mißverständnisse bezüglich der Entsendung von Truppen oder eines anderen Punktes wohl kaum entstehen werden", bedeutet natürlich im Grunde nichts anderes, als daß die französischen Wünsche im Augenblick keine Aussicht mehr auf Erfüllung haben. Dementsprechend bereitet auch der „Temps" bereits darauf vor, daß Frankreich auf die Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien verzichten und sich mit einer Drohung am Rhein für den Fall deutscher Unruhen in Oberschlesien begnügen wird. England aber hält sich in keiner Weise für gebunden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Lüge von der deutschen Kriegsschuld.

In einer Untersuchung neuen Tatsachenmaterials in den Süddeutschen Monatsheften kommt Professor Dr. Loeffler zu dem Ergebnis, daß Deutschland den Weltkrieg nicht verschuldet, nicht gewollt und nicht herbeigeführt hat, und daß es den Krieg als Verteidigungskrieg hat auf sich nehmen müssen. Als neues Beweismaterial gegen die Schuldlüge enthält das Heft 50 feindliche Zeugenaussagen, die ebenfalls die deutsche Regierung von der Anklage reinigen, daß sie bewußt den Krieg gewollt oder gewünscht habe. Ferner wird mitgeteilt, daß die Veröffentlichung des bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld vom 18. Juli 1914, die gegnerischerseits als besonderer Beweis für die deutsche Schuld am Krieg ausgebeutet wurde, eine Fälschung war. Weiter enthält das Heft den Brief eines französischen Matrosen, aus dem hervorgeht, daß bereits am 31. Juli 1914 die französische Marine unter dem Kommando eines englischen Admirals stand..

Der zukünftige Reichsrat.

Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes über Vertretung der Länder im Reichsrat bestimmt, daß in größeren Ländern auf je 700 000 Einwohner eine Stimme kommen solle, doch darf kein Land mehr als zwei Fünftel aller Reichsratsstimmen haben. Die Überschüsse an Einwohnerzahl werden erst dann berücksichtigt, wenn diese 350 000 übersteigen. Diese Änderung würde folgende Stimmenverteilung im Reichsrat ergeben: Preußen 26, Bayern 10, Sachsen 7, Württemberg 4, Baden 3, Thüringen, Hessen, Hamburg je 2 Stimmen 6, ferner 10 Kleinstaaten je 1 Stimme 10, zusammen 66 Stimmen. Dieser Gesetzentwurf beansprucht eine Änderung der Reichsverfassung, in deren Artikel 61 bestimmt ist, daß auf je 1 Million Einwohner eine Reichsratsstimme kommt.

Regierungskrisis in Sachsen?

Bei den Verhandlungen des Sonderausschusses des Sächsischen Landtages zur Beratung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer wurde sowohl die Grundsteuer wie auch die Gewerbesteuer mit den Stimmen der bürgerlichen Vertreter und der Kommunisten abgelehnt. Man hat in Regierungskreisen den Eindruck, daß auch im Plenum die beiden Steuervorlagen eine Ablehnung erfahren werden. Sollte dies der Fall sein, so würden die früher schon bestandene Regierungskrisis von neuem in Sachsen in Erscheinung treten. Zum mindesten wäre die Stellung des Finanzministers Heldt erschüttert.

Rückgang des Kommunismus.

Das Ergebnis der Wahlen des Deutschen Metallarbeiterverbandes zum Verbandstage in Jena ist insofern von besonderem Interesse, als sich dabei ein erheblicher Rückgang der kommunistischen Vertreter ergeben hat. Der kommunistischen Liste stellten Mehrheitssozialisten und Unabhängige eine gemeinsame freigewerkschaftliche Liste entgegen, die an fast allen Orten die bisherige kommunistische Mehrheit in eine Minderheit verwandelt hat. Das ist besonders bemerkenswert, als gerade die Metallarbeiter immer ein starkes Kontingent zu der radikalen Arbeiterbewegung stellten. Jetzt sind die Kommunisten sogar in Berlin und Leipzig, wo sie bisher sehr stark waren, in eine hoffnungslose Minderheit gedrängt. Auf der Jenaer Tagung werden die Kommunisten eine bedeutungslose Gruppe bilden. Eine Ausnahme bildet Dresden, wo die Kommunisten mit den Unabhängigen zusammengingen und dadurch 900 Stimmen mehr als die Mehrheitssozialisten erzielten.

Privatbahnen und Reichseisenbahn.

Alle Parteien des Bayerischen Landtages, mit Ausnahme der U. S. P., fordern in einem Antrage, daß die bayerische Regierung mit der Reichsregierung vereinbaren möge: Es sind jene Privatbahnen des allgemeinen Verkehrs, deren Angliederung an das Reichseisenbahnnetz ohne Schädigung der allgemeinen Interessen nicht mehr weiter hinausgeschoben werden kann, alsbald in das Eigentum und die Verwaltung des Reiches zu übernehmen.

Werbungen für die französische Fremdenlegion.

Nach mehrfachen Meldungen ist der französische Propagandafonds für die besetzten Gebiete und die Werbung für die Fremdenlegion um zweihundert Millionen Frank erhöht worden. In der Rheinpfalz, im Saargebiet und im Rheinland sollen weitere Werbebureaus errichtet werden. Die Zahl der angeworbenen Legionäre hat im Vergleich zum Vorjahre, infolge der Warnungen der deutschen Behörden, abgenommen.

Frankreich.

× **Gegen die Moskauer Internationale.** Der Gewerkschaftskongreß in Lille hat die Diskussion über den Tätigkeitsbericht begonnen. Die beiden ersten Redner, ein Delegierter der Handelsangestellten von Bordeaux und ein Vertreter der Dockarbeiter in Brest, sprachen für die alte Mehrheit. Namentlich der erste Redner wandte sich scharf gegen die Moskauer Internationale und sagte, er ziehe es vor, immer mehr Wohlstand zu erobern, als eine Revolution mitzumachen, die nur das Elend vermehre.

Deutsch-Österreich.

× **Die Übergabe von Westungarn.** In Paris sind die Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages von Trianon zwischen den Verbündeten und Ungarn ausgetauscht worden. Der Vertrag tritt sofort in Kraft. Eine der Folgen des Inkrafttretens des Vertrages von Trianon ist die Übergabe Westungarns an Österreich und des Kohlengebiets von Fünfkirchen von Jugoslawien an Ungarn. Der Prozeß der Übergabe Westungarns an Österreich wird einige Wochen zu seiner Durchführung brauchen. Die Botschafterkonferenz hat den 27. August als Endtermin für die Übergabe festgesetzt

Rußland.

× **Frau Gorki über die Hungersnot.** Die Gattin Maxim Gorkis äußerte sich zu dem Berliner Korrespondenten der „Chicago Tribune" über die furchtbare Hungerkatastrophe, die Rußland betroffen hat und stellte ausdrücklich fest, daß Bolschewisten wie Nichtbolschewisten ihr Menschenmöglichstes täten und sich gemeinsam verbunden hätten, das russische Volk vor einer Tragödie zu retten, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Sie sagte weiter: „Mein Mann teilt mir mit, daß die Massenflucht aus dem Wolgagebiet schon 6 Millionen Menschen betroffen hat. Der Hunger herrscht heute über 18 Provinzen des europäischen Rußlands. Insgesamt hungern 20 000 000 Menschen." Frau Gorki teilte dem Journalisten noch mit, daß sie und ihr Mann nach Amerika zu gehen beabsichtigen, da sie auf die amerikanische Hilfe ihre ganze Hoffnung gesetzt hätten.

Polen.

× **Einführung der allgemeinen Militärpflicht.** Trotz der geradezu verzweifelten wirtschaftlichen Lage, in der sich der junge Staat Polen befindet, suchen die treibenden Kräfte im Lande mit allen Mitteln die militaristische Überspannung aufrecht zu erhalten. Polen hat bekanntlich zurzeit nach Frankreich das größte stehende Heer Europas. Für dieses soll jetzt die allgemeine Dienstpflicht geschaffen werden. In der nächsten Sitzung des Landtages wird der Gesetzentwurf über die allgemeine Dienstpflicht zur Beratung kommen. Nach dem Entwurf soll die aktive Dienstzeit zwei Jahre betragen. Außerdem soll für unverheiratete weibliche Personen eine Hilfsdienstpflicht eingeführt werden. Wie man aus der Verpflichtung der Frauen ersieht, stehen die polnischen Gewalthaber noch unter dem vollen Eindruck der Kriegspathologie.

Die deutschen Menschenverluste im Kriege.

Zwei Millionen Tote und Vermißte.

Vom Zentralnachweisamt in Spandau werden über die Kriegsverluste 1914/1918 folgende, leider immer noch unvollständige, Angaben gemacht: Nach den amtlichen Verlustlisten beliefen sich bis zum 31. Dezember 1920 die Verluste des deutschen Landheeres auf:

Länder	Tote	Verwundungen
Preußen	1 397 326	3 281 873
Bayern	168 718	434 035
Sachsen	123 708	307 606
Württemberg	74 227	191 065
	1 763 979	4 214 579
dazu die Verluste der Marine mit	34 256	31 085
und der Schutztruppen mit	1 133	1 210
also insgesamt	1 792 368	4 246 874

Diese Zahlen sind noch nicht endgültig, da die Feststellung der Verluste noch nicht abgeschlossen ist. Die Zahl der Verwundeten ist in Wirklichkeit geringer, da auf einer Teil von ihnen mehrere Verwundungen fallen.

Die Zahl der Vermißten wird augenblicklich auf ungefähr 200 000 geschätzt. Sie ändert sich dauernd im Verlauf der Nachforschungsarbeiten und wird erst nach deren Abschluß endgültig und genau angegeben werden können